

Justice Without Litigation: Projekt nimmt Konturen an

JUWILI. Das EU-finanzierte Justice Without Litigation-Projekt der ÖNK mit den Hexagonale-Partnern läuft seit einem Jahr. Es nimmt nun konkrete Formen an. Trotz wiederholter Corona-Lockdowns konnten sämtliche Projektstränge gute Fortschritte erzielen.

Stephan Matyk-d'Anjony

Es geht um die Übernahme von Gerichtsaufgaben durch Notare vor dem Hintergrund der Analyse des Gerichtsbegriffs in EU-Rechtsakten sowie einer rechtsvergleichenden, verfassungsrechtlichen und ökonomischen Analyse.



This project is funded by the European Union's Justice Programme (2014-2020).

ARBEITSGRUPPEN RECHT & WIRTSCHAFT

Die Projektarbeitsgruppe Recht unter dem Vorsitz von Alice Perscha (Notarin in Leoben) und der wissenschaftlichen Leitung der Professoren Brigitta Lurger (Universität Graz) und Karl Stöger (Universität Wien) konzentriert sich auf Rechtsvergleichung in Verfahrensstandards unter Einbeziehung von EU-Rechtsakten, verfassungsrechtlichen Garantien und repliziert dies sowohl auf nationale Empfehlungen und Entwicklungsperspektiven als auch auf die EU-Ebene mit konkreten Vorschlägen zum Gerichtsbegriff der EU-

Verordnungen, der beispielsweise wieder eng mit verfahrensrechtlichen Zuständigkeitsregeln zusammenhängt.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft unter der Leitung von Benika Wünschova (Tschechische Notariatskammer) untersucht die ökonomischen Auswirkungen der Auslagerung von außerstreitigen Gerichtsaufgaben auf Notare in den teilnehmenden Staaten. Dabei werden Vergleichsindikatoren entwickelt: Zugang zur Rechtsdienstleistung (z.B. geografische Verfügbarkeit), Effizienz (z.B. Verfahrensdauer, Kostenstruktur, Streitanzahl), Qualität (z.B. Aus- und Fortbildung, Berufsaufsicht) und Innovation (z.B. Digitalisierung).

JUAN FERNANDO ARMENGOT, JUSTIZMINISTERIUM SPANIEN, MITGLIED DES VORSTANDS DER CEPEJ DES EUROPARATS

Ihre Eindrücke vom Projekt?

Ausgehend von verschiedenen Aspekten, rechtliche wie auch ökonomische, zielt das Projekt darauf ab, in einer Studie die Relevanz und Auswirkungen außerstreitiger Verfahren und die Effekte der notariellen Funktion auf diese Verfahren zu vertiefen. Beide Arbeitsgruppen, nämlich die rechtlichen und die wirtschaftlichen Teams, sind der Aufgabe verpflichtet, glauben daran, und ihre Analysen und Diskussionen sind sehr ernsthaft und sehr solide.

Die Fortentwicklung der nicht-streitigen Justiz, ihre Wirkung zu untersuchen und ihre weitere Umsetzung zu erkunden ist eine Möglichkeit, die Lösungen mit sehr positiven Auswirkungen generieren kann.

Aufgrund der Nähe der Notarinnen und Notare zu den Bürgerinnen und Bürgern und der hohen Qualität der notariellen Funktion ist der Bereich der notariellen Funktion einer der Räume, in denen diese bereits konsolidierten Lösungen sogar begünstigt werden können.

Wieso ist dieses Projekt aus Ihrer Sicht bedeutend?

Seit langem hat CEPEJ eine hervorragende Übung bei der Erhebung von Daten bei der europäischen Justiz und diese in umfassenden Berichten veröffentlicht, die für die Entscheidungsfindung sehr nützlich sind. Das spanische Justizministerium hat in seinem Plan „Justiz 2030“ ehrgeizige Projekte für die Justiz auf der Grundlage von Daten. Es scheint heute klar zu sein, dass die

Umwandlung von Daten in Wissen eine optimale Entscheidungsfindung ermöglicht. Das JuWiLi-Projekt wird im Rahmen der ökonomischen Arbeitsgruppe eine vollständige Analyse quantitativer und qualitativer Daten zu einem Aspekt erstellen, der allgemein vielleicht nicht zu den meistuntersuchten gehört, da der private und der öffentliche Sektor den Daten der streitigen Justiz und den Indikatoren der Gerichte mehr Aufmerksamkeit schenkt. Dies wird dazu beitragen, sowohl die (realen und potenziellen) Auswirkungen außerstreitiger Verfahren als auch die Rolle, die Notare dabei spielen, sichtbar zu machen. Das eröffnet zahlreiche Optionen, um diese Art von Verfahren zugunsten eines effizienteren Systems zu nutzen.

Welche Perspektiven kann dieses Projekt aufzeigen?

Das Projekt wird eine vollständige juristische Studie über die Funktionen der Notare in außerstreitigen Verfahren, die Verfahrensstandards, die Beachtung der Grundrechte und den Beitrag zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Mitteleuropa bei der Erfüllung dieser Aufgaben zeigen. All dies wird von einer Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Vorteile begleitet, die sich aus diesen außerstreitigen Verfahren und ihren Auswirkungen auf die Zugänglichkeit und die Effizienz des Rechtssystems ergeben. Die Empfehlungen und Schlussfolgerungen werden auf jeden Fall sehr relevant für die Bewertung sein.



Alle Projektpartner haben qualitativ hochwertige Daten in das Projekt eingebracht, die nun vom Wissenschaftsteam von Prof. Christian Helmenstein (Economica Institut) verarbeitet werden und in die Analysen (Länderprofile) einfließen.

TASKFORCE DIGITALISIERUNG

Besonders spannend ist die kürzlich neu geschaffene Schaffung einer speziellen Taskforce zur Digitalisierung, mit speziellem Fokus auf mögliche digitale Verfahrensschritte im Verlassenschaftsverfahren. Die Leitung dieser Taskforce hat Verena Nothegger (Notarsubstitutin in Wels und stellvertretende Vorsitzende des Fachausschusses für Strategie & Kommunikation) übernommen. Schließlich wird im Zuge des Projekts das ENN des CNUE zur praxisorientierten grenzüberschreitenden Rechtshilfe ausgebaut. Das Projekt läuft bis November 2022. Im Lauf des Jahres 2022 sind einige Veranstaltungen geplant, wo Ergebnisse präsentiert werden, etwa am 2. Juni im NOTARION in Wien. ■

EUROPEAN COMMISSION FOR THE EFFICIENCY OF JUSTICE (CEPEJ)

Die CEPEJ hat die umfassendste europäische Datenbank über das Funktionieren der Justizsysteme entwickelt. Auf Initiative der europäischen Justizminister richtete das Ministerkomitee des Europarats dieses Gremium 2002 ein, um die Qualität und Effizienz der europäischen Justizsysteme zu verbessern und das Vertrauen der Bürger in diese zu stärken. Die CEPEJ entwickelt datenbasierte Instrumente für Entscheidungsträger und Angehörige der Rechtsberufe und unterstützt Reformen. Seit 2015 sammelt und analysiert die CEPEJ Vergleichsdaten für das jährliche Justizbarometer. Alle zwei Jahre wird zudem eine Analyse des Notariats in Europa in Kooperation mit dem CNUE durchgeführt. Im JuWiLi-Projekt erfüllt die CEPEJ als „Friend of the Project“ eine beratende Funktion. www.coe.int/cepej

VERENA NOTHEGGER, NOTARSUBSTITUTIN IN WELS, LEITERIN DER JUWILI-TASKFORCE DIGITALISIERUNG

Ihre Eindrücke vom Projekt?

Alle Delegierten aus den Mitgliedstaaten der Hexagonale sind äußerst engagiert und kamen (persönlich oder via Webex) mit wichtigen Anliegen und guten Reformvorschlägen nach Wien. Der Input zeigt nicht nur Perspektiven für die Entwicklungen in der EU auf, sondern öffnet auch den Blick für Optimierungspotenzial auf nationaler Ebene.

Konsens besteht in einem wichtigen Punkt: Der Einsatz digitaler Tools soll unsere alltägliche Arbeit erleichtern. Dadurch soll es keinesfalls dazu kommen, dass die Notariate den Parteien nicht mehr als persönliche Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Gerade im Verlassenschaftsverfahren – einer emotional sehr sensiblen Materie – ist der persönliche Kontakt zu den Parteien äußerst wichtig.

Wieso ist dieses Projekt aus Ihrer Sicht bedeutend?

Im Verlassenschaftsverfahren haben die Notariate in den Mitgliedstaaten der Hexagonale sehr unterschiedliche Kompetenzen: von Slowenien, wo das Notariat im Verlassenschaftsverfahren (noch) keine Rolle spielt, bis Ungarn, wo das gesamte Verfahren erster Instanz inklusive Beschlusskompetenz von den Notariaten abgewickelt wird und eine Zuständigkeit der Gerichte erst im Rechtsmittelverfahren gegeben ist. Bei aller Unterschiedlichkeit der Verfahrensabläufe zeigt sich doch, dass die Problemfelder immer die gleichen sind: etwa das Auffinden von Erben und Vermögenswerten, erschwert insbesondere bei grenzüberschreitenden Sachverhalten, oder die mangelnde Kenntnis ausländischen Rechts und die dadurch verursachten Probleme bei der Ausstellung bzw. Anwendung von Europäischen Nachlasszeugnissen.

Bemerkenswert ist, dass digitale Urkundenarchive und dem WebERV entsprechende Systeme für die elektronische Kommunikation mit den Gerichten für Grundbücher und Firmenbücher flächendeckend umgesetzt sind

und deren Verwendung auch in sonstigen gerichtlichen Verfahren weit fortgeschritten ist. Einstimmig wird aber berichtet, dass Verlassenschaftsverfahren davon ausgenommen sind. Man scheitert an der mangelnden Möglichkeit der digitalen Kommunikation mit den Verlassenschaftsgerichten. Nur im Verlassenschaftsverfahren werden Handakten in die Einlaufstelle getragen. Dass es dabei zu Effizienzverlusten kommt, ist evident. Die Gründe dafür liegen in der mangelnden Einbindung der Notariate in die elektronisch geführten Akten der Justiz und in der nur sehr langsamen Ausrollung der eID.



Welche Perspektiven kann dieses Projekt aufzeigen?

Ein wichtiges Anliegen ist die Unterbindung von Parallelverfahren in mehreren Mitgliedstaaten, vor allem im Interesse der Verfahrensparteien und der Prozessökonomie. Dies kann nur durch eine Verbesserung der Kooperation und unter Zuhilfenahme digitaler Tools erfolgreich umgesetzt werden, etwa durch die Einführung eines zentralen europaweiten Registers über anhängige Verlassenschaftsverfahren.

Der Einsatz digitaler Tools für die direkte Kommunikation zwischen Notariaten unterschiedlicher Mitgliedstaaten ohne Umwege über die Gerichte könnte die Erhebung von Erben und Vermögenswerten und deren Bewertung sowie die Anwendung ausländischen Rechts bei grenzüberschreitenden Sachverhalten erleichtern.

Es ist wichtig, die Digitalisierung nicht als Selbstzweck zu betrachten, sondern zuerst die Problemfelder in den Verfahrensabläufen auszuloten, um dann gezielt durch den Einsatz digitaler Tools dort Abhilfe zu schaffen, wo diese Tools einen echten Benefit bringen. Das Projekt Justice Without Litigation bietet eine ideale Grundlage für ein konsolidiertes Vorgehen bei der Entwicklung solcher Tools.